

»» 70 Jahre Soziale Marktwirtschaft: ein Grund zum Feiern, einiger Anlass für Reformen

Nr. 262, 20. August 2019

Autor: Martin Müller, Telefon 069 7431-3944, martin.mueller@kfw.de

Die Soziale Marktwirtschaft ist siebzig geworden, und das ist ein Grund zum Feiern, denn sie war, was den wirtschaftlichen Wohlstand anbelangt, nach allem was Wirtschaftshistoriker wissen, weitaus erfolgreicher als jede andere Wirtschaftsordnung, die die Menschheit ausprobiert hat. Dennoch ist die Soziale Marktwirtschaft in die Kritik geraten. Manche fordern grundlegende Reformen, weil zu hohe Abgaben das Wachstum beeinträchtigen. Andere kritisieren die gestiegenen Einkommensunterschiede, diagnostizieren zunehmende Armut und fordern stärkere Umverteilung oder gar Sozialismus. Und wieder andere wünschen sich angesichts der Erfordernisse zum Umwelt- und Klimaschutz eine Abkehr vom Wirtschaftswachstum und den Übergang zu einer naturverbundenen Wirtschaftsweise.

In diesem Diskussionsbeitrag wird der Frage nachgegangen, inwieweit die Kritik gerechtfertigt ist und ob alternative Wirtschaftsordnungen wirklich die erhofften Verbesserungen bringen würden. Die Analyse zeigt, dass davon nicht auszugehen ist. Die Soziale Marktwirtschaft zeichnet sich in Deutschland wie in anderen Industrieländern durch nie zuvor gekannten Wohlstand, hohe Einkommensgleichheit und hohe Zufriedenheit des Großteils der Menschen aus. Gerade Deutschland vereint Wirtschaftsstärke und sozialen Ausgleich in herausragender Weise.

Allerdings ist wirtschaftlicher Erfolg kein Selbstläufer. Es ist eine Daueraufgabe den Wohlstand zu sichern und es gibt immer noch soziale Missstände zu beheben. Vor allem aber gibt es großen und drängenden Bedarf für Reformen, um die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft zu sichern. Die derzeit wohl größten Herausforderungen bestehen in der demografischen Entwicklung, in der Sicherung des Zusammenhalts in der Europäischen Union und einer international anerkannten Welthandelsordnung, in der Digitalisierung und im globalen Umwelt- und Klimaschutz. In diesem Beitrag wird die wirtschaftliche und soziale Lage in Deutschland und anderen Industrieländern untersucht, drängender Reformbedarf abgeleitet und die Handlungserfordernisse erörtert.

Wohlstand für alle

1949 erklärte die damalige Bundesregierung die Soziale Marktwirtschaft zum ordnungspolitischen Leitbild für die junge Bundesrepublik. Als politischer Vater der Sozialen Marktwirtschaft gilt Wirtschaftsminister Ludwig Erhard. Um die

neue Wirtschaftsordnung zu entwickeln, machte er sich den volkswirtschaftlichen Sachverstand von Alfred Müller-Armack und Walter Eucken zu Nutze. Erhards prägnant formulierte Mission lautete „Wohlstand für alle“. Freier marktwirtschaftlicher Wettbewerb um die bestmögliche Befriedigung der Konsumbedürfnisse sollte diese Leistung vollbringen.



Ludwig Erhard Gedenktafel vor der KfW Niederlassung Bonn.

Quelle: Martin Müller, KfW Bankengruppe.

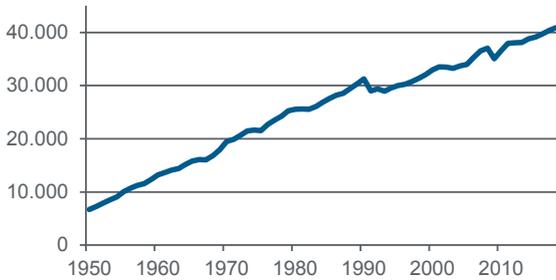
Die Soziale Marktwirtschaft bescherte Westdeutschland ein Wirtschaftswunder, das sich in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung wiederholte.¹ Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung hat sich in der Bundesrepublik seit 1950 zu konstanten Preisen versechsfacht (Grafik 1). Gegenüber großen Herausforderungen wie den Ölpreiskrisen der siebziger und achtziger Jahre, dem wirtschaftlichen Aufbau in den ostdeutschen Bundesländern und der Weltfinanzkrise im letzten Jahrzehnt hat sich Deutschlands Soziale Marktwirtschaft als anpassungsfähig und robust erwiesen.

Nur wenige Länder auf der Welt haben es zu höherem Wohlstand gebracht. Im Jahr 2017 lag Deutschland mit seinem Pro-Kopf-BIP kaufkraftbereinigt weltweit an achtzehnter Stelle von fast 200 Staaten. Die meisten der reicheren Staaten sind entweder große Erdöl- und Erdgasproduzenten oder kleinere Staaten, die als Banken- und Niedrigsteuerplätze Kapital anziehen. Und selbst unter den Industrieländern gibt

es nur wenige, die ein höheres Pro-Kopf-BIP als Deutschland erwirtschaften (Grafik 2).

Grafik 1: Von Rekord zu Rekord – 70 Jahre steigerten die Deutschen das Pro-Kopf-BIP fast ununterbrochen

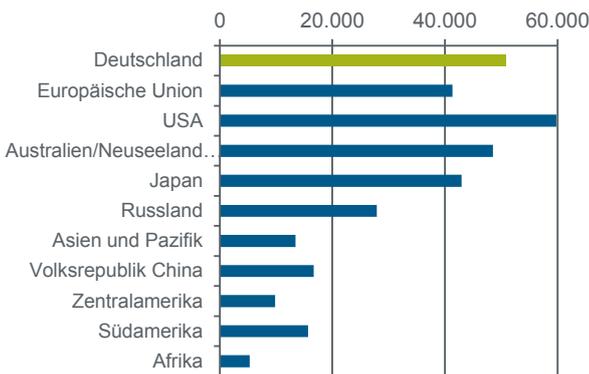
Reales BIP pro Einwohner in Kaufkraft von 2018, bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland, in Euro



Quelle: Destatis, eigene Berechnungen.

Grafik 2: Soziale Marktwirtschaft und Demokratie brachten den Industrieländern den höchsten Wohlstand

BIP pro Kopf 2017, in internationalen Dollar, KKP



Quelle: Weltbank.

Kasten 1: Zentrale Erfolgsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft

- **Privateigentum** sorgt dafür, dass Bürger und Unternehmen ein Interesse daran haben, sich wirtschaftlich zu engagieren und zu investieren, Verantwortung zu übernehmen, Vermögen zu erhalten und zu mehren.
- **Leistungswettbewerb** bewirkt, dass Beschäftigte und Unternehmen sich engagieren, um Kundenbedürfnisse mit hochwertigen Produkten und Diensten kostengünstig zu befriedigen. Er bringt schumpetersche Unternehmer hervor und ist der Motor für die Bildung von Humankapital, Investitionen und Innovationen.
- **Freie Preisbildung** signalisiert Bedürfnisse und Knappheiten. Sie bewirkt, dass Unternehmen das produzieren, was Konsumenten begehren und dass Arbeitskräfte, Kapital und Rohstoffe dort eingesetzt werden, wo Bürger und Unternehmen am meisten dafür bezahlen.

- **Der Verzicht auf den Versuch staatlicher Lenkung der sektoralen Wirtschaftsstruktur** nach gesamtwirtschaftlichen Kennzahlen verhindert planwirtschaftliche Eingriffe, die nach der historischen Erfahrung zu Fehlentwicklungen führen. Denn die Faktorallokation folgt dann in Teilen nicht mehr den Bedürfnissen der Bürger, sondern den Vorgaben von Politikern und Staatsbeamten, beeinflusst von Großunternehmen und Branchenverbänden. Die Begünstigten einer solchen Politik würden auf Kosten der nicht Begünstigten nach Subventionen, staatlich gewährten Wettbewerbsvorteilen und Monopolrenten streben.

- **Stattdessen setzt der Staat einen Ordnungsrahmen**, innerhalb dessen sich der Wettbewerb entfaltet. Weiter gehende lenkende Eingriffe erfolgen nur bei Marktversagen oder für soziale Korrekturen.

- **Ein umfassendes System der sozialen Sicherung** nach den Prinzipien der Leistungsgerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs reduziert Einkommensunterschiede auf ein gesellschaftlich akzeptiertes Maß, sichert Mindesteinkommen, Alterseinkünfte und Risiken wie Arbeitslosigkeit und Krankheit gesellschaftlich ab.

- **Umwelt- und Klimaschutz** sichern die Grundlagen des menschlichen Lebens und die ökologische Nachhaltigkeit des Wachstums.

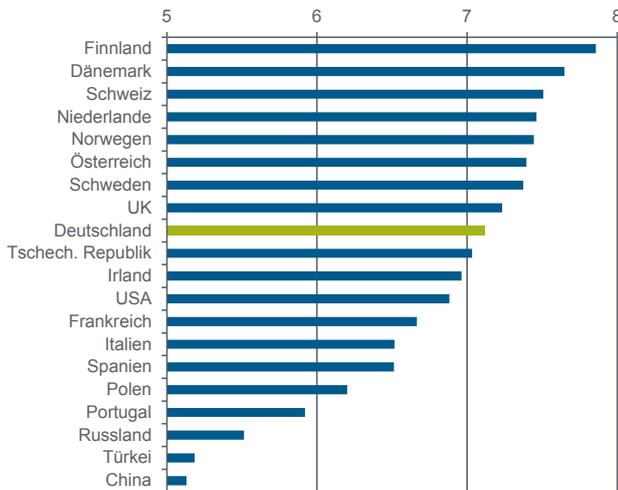
Die Soziale Marktwirtschaft schafft Zufriedenheit

Es liegt nahe, den Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft auch daran zu messen, wie zufrieden die Bevölkerung mit ihren Lebensumständen ist. Die Vereinten Nationen bringen jährlich einen World Happiness Report heraus mit einer Umfrage zur Zufriedenheit. 2018 lagen für 136 Länder Umfragedaten vor. Nur für 26 Länder ergab sich eine Zufriedenheit oberhalb von 6,5 auf einer Skala von 1 bis 10. Dabei handelte es sich mit wenigen Ausnahmen um wirtschaftlich weit entwickelte OECD-Länder mit Sozialen Marktwirtschaften. **Für Deutschland ergab sich im Durchschnitt eine Zufriedenheit von 7,1 (Grafik 3). Damit rangierten die Deutschen deutlich über dem OECD-Durchschnitt auf Rang 14.**

Weiteren Aufschluss über die soziale Lage gibt der Anteil der Unzufriedenen im Land. Eine Auswertung des European Social Survey ergab, dass etwa **78 % der Menschen in Deutschland mit ihrem Leben zufrieden oder hochzufrieden sind. Nur 14 % haben sich als „struggling“, 8 % als „suffering“ eingestuft (siehe Tabelle).**² Die Befragten gaben als wichtigste Einflussfaktoren für ihre Zufriedenheit psychische und allgemeine Gesundheit an, gefolgt von Arbeitslosigkeit und Einkommensungleichheit. In Frankreich zeigten sich weit mehr Menschen unzufrieden, obwohl das Land ein ähnlich hohes Pro-Kopf-BIP und eine ähnlich hohe Einkommensgleichheit wie Deutschland und andere europäische Staaten aufweist. Daraus lässt sich schließen, dass die **zutreffende Wahrnehmung und die Wertschätzung des Erreichten einen großen Beitrag zur Zufriedenheit leisten.**

Grafik 3: Hohe Lebenszufriedenheit in Deutschland und anderen Sozialen Marktwirtschaften

Umfrage für die UN 2018 (Polen 2017)



Hinweis: Den Umfrageteilnehmern wurde folgende Frage gestellt: Bitte stellen Sie sich eine Leiter vor, bei der die Stufen nummeriert sind. 0 ist ganz unten und 10 ganz oben. Angenommen, die oberste Stufe bedeutet das bestmögliche Leben, das Sie führen könnten und die unterste Stufe das schlechtestmögliche Leben, das Sie führen könnten. Auf welcher Stufe der Leiter sehen Sie sich zurzeit?

Quelle: Gallup-Institut.

Die Alternativen haben Mangel, Diktaturen und Bürgerkriege hervorgebracht

Spätestens nach der Auflösung des Warschauer Pakts hat sich gezeigt, dass Zentralplanwirtschaften weit weniger leistungsfähig waren. Das gilt auch für China, das mit seiner Sozialistischen Marktwirtschaft in weiten Teilen noch eine zentral gelenkte Wirtschaft ist. China ist immer noch ein Schwellenland, dessen Pro-Kopf-BIP kaufkraftbereinigt bei etwa einem Drittel des deutschen liegt. Die beachtlichen Wachstumserfolge sind durch eine Hinwendung zur Marktwirtschaft erzielt worden.³ Jugoslawien experimentierte unter Tito mit einem Sozialismus mit Arbeiterselbstverwaltung. In den Betrieben wählte die Belegschaft Arbeiterräte, die wiederum die Betriebsleitung ernannten. Zu den gravierenden Fehlentwicklungen zählten wirtschaftlicher Mangel, hohe Arbeitslosigkeit und Hyperinflation.

Ist die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland für die Zukunft noch richtig aufgestellt?

Die jüngste Finanzkrise hat gezeigt, dass der Erfolg Sozialer Marktwirtschaften keine Selbstverständlichkeit ist. Werden einschneidende Reformen nötig, treffen diese Bezieher niedriger Einkommen am schwersten. **Es ist daher ebenso vernünftig wie sozial, die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit permanent zu verbessern**, damit es nicht so weit kommt. Gleichzeitig ist der Staat gefordert, dafür zu sorgen, dass die Unterschiede im Lebensstandard nicht zu groß werden, und zwar nicht nur, weil die meisten Bürger dies als sozial und gerecht empfinden. **Der Nährboden für soziale Konflikte sowie rechts- oder linkspopulistische Gruppierungen ist umso fruchtbarer, je mehr Menschen mit ihren Lebensverhältnissen unzufrieden sind.**

Tabelle: Über drei Viertel der Deutschen sind zufrieden oder hochzufrieden, und es könnten noch mehr sein

Zufriedenheit auf einer Skala von 1–10, European Social Survey 2012–2016

	Suffering (0–4)	Struggling (5–6)	Thriving (7–10)
Denmark	3,0 %	5,1 %	91,9 %
Finland	3,6 %	7,9 %	88,5 %
Iceland	4,1 %	8,5 %	87,3 %
Norway	3,9 %	9,3 %	86,8 %
Sweden	4,6 %	10,3 %	85,1 %
Netherlands	4,3 %	8,0 %	87,7 %
Switzerland	4,7 %	8,3 %	87,0 %
Germany	8,3 %	14,2 %	77,5 %
UK	9,6 %	15,5 %	74,9 %
France	17,0 %	23,4 %	59,6 %
Russia	26,9 %	34,7 %	38,4 %

Quelle: Nordic Council of Ministers (2018): In the Shadow of Happiness, S. 15.

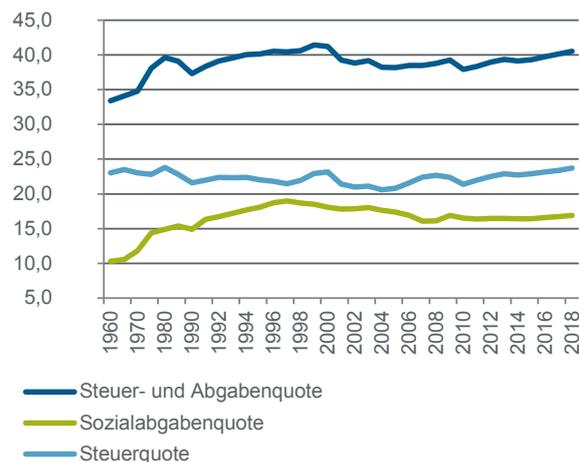
Aus diesem Wissen erwachsen **Aufrufe zu Reformen**. Eine Forderung besteht darin, **Steuern und Sozialabgaben zu senken**, weil sie derart hoch seien, dass sie Leistungsanreize und unternehmerische Initiativen hemmen. Dementgegen steht die Kritik, dass die Einkommensunterschiede sich in den letzten zwanzig Jahren deutlich erhöht haben und der **soziale Ausgleich zu kurz kommt**. Es folgt eine Einschätzung, inwieweit die Kritik gerechtfertigt ist.

Ist die Steuer- und Abgabenlast in Deutschland zu hoch?

Die **Steuer- und Abgabenquote lag 2018 bei 40,5 %** des Bruttoinlandsprodukts, das ist der **höchste Stand seit dem Jahr 2000** (Grafik 4). Im Vergleich mit anderen Industrieländern liegt Deutschland mit seiner Quote im Mittelfeld (Grafik 5). Die USA liegen weit darunter, Dänemark und Frankreich höher. Schlussfolgerungen kann man daraus noch nicht ziehen, weil die Vergleichbarkeit stark eingeschränkt ist. Anders als in Deutschland beruht z. B. die Altersvorsorge in den USA und der Schweiz weitgehend auf privater Ersparnis und Betriebsrenten.

Grafik 4: Die Steuer- und Abgabenquote hat im historischen Vergleich einen hohen Stand erreicht

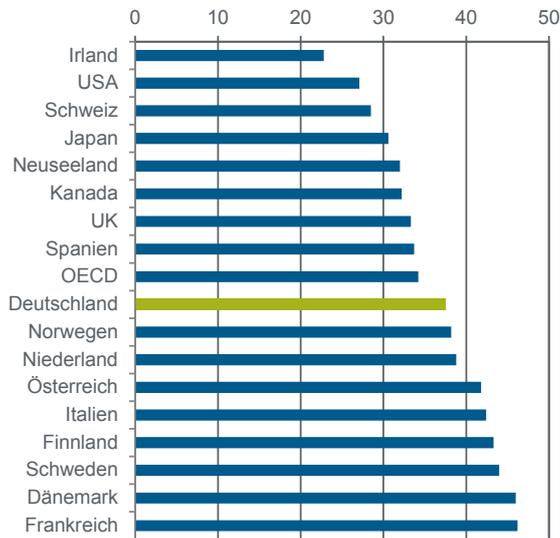
Steuern und Sozialabgaben in Relation zum BIP, Abgrenzung gemäß VGR.



Quelle: Eurostat.

Grafik 5: Die Steuer- und Abgabenquote Deutschlands liegt unter den Industrieländern im Mittelfeld

Steuern und Sozialabgaben in Relation zum BIP 2017 oder letztes verfügbares Jahr, Abgrenzung Finanzstatistik



Hinweis: Die Abgabenquote nach dem internationalen OECD-Konzept ist niedriger als die Abgabenquote nach den VGR des Statistischen Bundesamtes. Ein Grund dafür liegt darin, dass die Abgabenquote gemäß VGR fiktive Beiträge zur Sozialversicherung für Beamte enthält.

Quelle: OECD.

Eine einfache Korrelationsanalyse für Deutschland und die OECD-Länder lässt keinen Zusammenhang zwischen der Steuer- und Abgabenquote und der Höhe oder dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts erkennen (Grafik 6). Formelhafte Aussagen wie „je höher die Steuern und Sozialabgaben, umso geringer das Wirtschaftswachstum“ sind offenbar unzutreffend. **Allein aus der historisch eher hohen Abgabenquote kann somit kein Handlungsbedarf abgeleitet werden.** Das lässt Spielraum für Präferenzen. Ein Staat, der stärker Wert darauf legt, dass Bürger und Unternehmen frei und eigenverantwortlich über Arbeits- und Kapitaleinkünfte und Gewinne verfügen, wird eine niedrige Abgabenquote anstreben. Das Beispiel Schweiz zeigt, dass dies auch mit ho-

her Einkommensgleichheit vereinbar sein kann. Ein Staat, der stärker selbst umverteilen und absichern will, wird dagegen eine hohe Abgabenquote anstreben. Wie sich der Staat verhält, hängt nicht zuletzt von den Präferenzen der Wähler ab.

Wie sozial ist Deutschlands Marktwirtschaft heute?

Um dieser Frage nachzugehen, wird hier zunächst die Entwicklung der **Arbeitslosigkeit, der Einkommens- und Vermögensverteilung** sowie der **Sozialleistungen** analysiert. Anschließend werden aus den Befunden Schlüsse gezogen und Empfehlungen abgeleitet. Dabei werden eine möglichst große Zufriedenheit der Bürger und die Beseitigung sozialer Missstände, die das Wohlbefinden Betroffener stark beeinträchtigen, als politische Ziele angenommen.

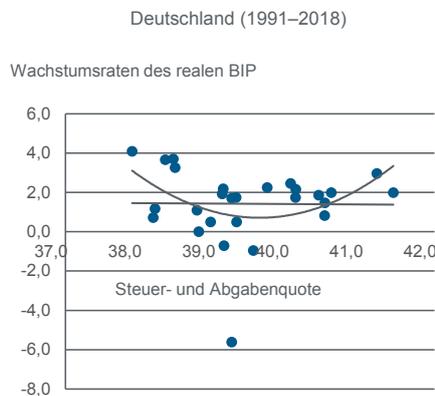
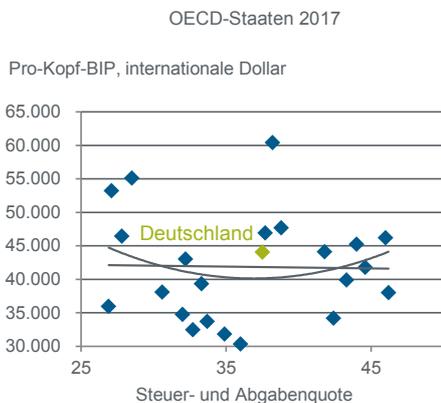
Sozialbefund 1: Vollbeschäftigung rückt näher, bleibt aber eine Herausforderung

Eine Auswertung des European Social Survey ergab, dass Arbeitslosigkeit nach chronischen Krankheiten und Behinderungen die Lebenszufriedenheit am meisten beeinträchtigt.⁴ Ihr sollte daher hohe Priorität eingeräumt werden, zumal sie eine große Quelle für Abstiegsängste und soziale Bedürftigkeit ist. Mithilfe konsequenter Reformen konnte die Arbeitslosenquote in Deutschland seit dem Jahr 2005 von über 10 auf 5 % halbiert werden. Das ist keine Selbstverständlichkeit, denn auch Deutschland hat sich mit der Eindämmung der Arbeitslosigkeit schwer getan. Eine weitere Reduktion ist in erster Linie durch Qualifizierung und Mobilität der Arbeitslosen und das bewährte Prinzip des Förderns und Forderns zu erwarten.

Sozialbefund 2: Die Einkommensunterschiede haben zugenommen, aber die Umverteilung halbiert sie nahezu

Nach den amtlichen Erhebungen von Eurostat hat sich der **Gini-Koeffizient** für die verfügbaren Haushalteinkommen von 2000 bis 2017 **von 25 auf 29,1 erhöht.** (Grafik 7).⁵ Evaluationen des Sozioökonomischen Panels (SOEP) durch das DIW zeigen zudem, dass die Zunahme darauf zurückzufüh-

Grafik 6: Eine niedrigere Steuer- und Abgabenquote führt nicht unbedingt zu höherem BIP-pro-Kopf oder BIP-Wachstum

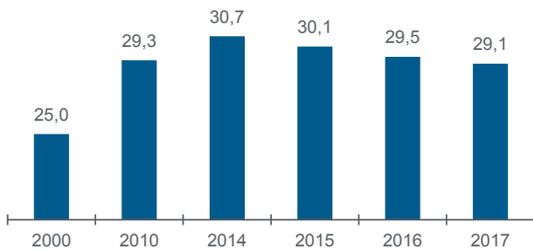


Hinweis: Die **linke Grafik** zeigt das Pro-Kopf-BIP und die Steuer- und Abgabenquote in Prozent für die OECD-Länder. Die **rechte Grafik** zeigt die Wachstumsraten für das reale BIP und die Steuer- und Abgabenquoten in Prozent gemäß VGR in Deutschland seit 1991. Die Linien sind lineare Trends bzw. polynomische Trends zweiten Grades.

Quellen: OECD, Destatis.

Grafik 7: Die Einkommensunterschiede in Deutschland haben zugenommen

Gini-Koeffizient für die bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen der privaten Haushalte in Deutschland



Hinweis: Der Gini-Koeffizient nimmt Werte zwischen 0 und 100 an. 0 bedeutet völlige Gleichverteilung, bei 100 bekommt ein Haushalt alles.

Quelle: Eurostat.

ren ist, dass die Markteinkommen vor Umverteilung ungleicher geworden sind.⁶ Die relativ hohe Umverteilung in Deutschland reduziert die Ungleichheit um beinahe die Hälfte. Nach den Erhebungen von Eurostat haben die Einkommensunterschiede seit 2014 wieder abgenommen.

Sozialbefund 3: Es gibt weiterhin wenige Staaten auf der Welt, in denen die Einkommen gleicher sind

Trotz der gewachsenen Ungleichheit liegt der Gini-Koeffizient für die Haushaltseinkommen in Deutschland deutlich niedriger als für den Durchschnitt der OECD- und der EU-Staaten (Grafik 8).

Grafik 8: In wenigen Industrieländern sind die Einkommen gleicher verteilt als in Deutschland

Gini-Koeffizient für die bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen der privaten Haushalte 2016 oder letztes verfügbares Jahr



Quelle: OECD.

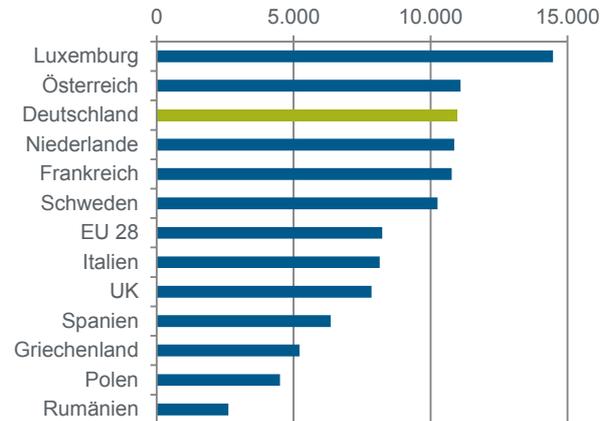
Sozialbefund 4: Die Ausgaben für soziale Sicherung sind in Deutschland auf Rekordhoch

Das Ausmaß der Umverteilung hat seit den neunziger Jahren deutlich zugenommen. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt sind die **Ausgaben für soziale Sicherung von 1991 bis 2016 von 25 auf 29,4 % gestiegen**. Der Anstieg geht vor allem auf Leistungen für Altersversorgung und Gesundheit zurück. Aber auch für Familien wurde mehr ausgegeben. Beim Vergleich der **Pro-Kopf-Ausgaben** für die soziale Sicherung

in Kaufkraftstandards mit den anderen EU-Staaten **rangierte Deutschland 2016 an dritter Stelle** (Grafik 9). In Österreich waren sie nur 1 % höher.

Grafik 9: Kaum ein EU-Land gewährt höhere Sozialleistungen als Deutschland

Pro Kopf-Ausgaben für die soziale Sicherung in Deutschland in Euro, KKS, 2016



Quelle: Eurostat.

Sozialbefund 5: Hohe Vermögenskonzentration, aber jeder Gutverdiener kann Top-Vermögender werden

Nach einer Untersuchung der Deutschen Bundesbank lag der Gini-Koeffizient für das Nettovermögen im Jahr 2017 mit 74 wesentlich höher als der für die verfügbaren Einkommen. Gegenüber dem Jahr 2010 nahm die Vermögenskonzentration leicht ab. **Die vermögendsten 10 % der Haushalte besitzen 55 % des Gesamtvermögens, die vermögensärmsten 50 % dagegen nur 3 %.**⁷ Das sieht nach sehr großer Ungleichheit aus. Weiter gehende Untersuchungen zeigen jedoch, dass unbereinigte Verteilungsmaße ein unzulängliches Bild von der Vermögensverteilung vermitteln, und zwar aus folgenden Gründen:

- In den Daten sind die **Renten- und Pensionsansprüche nicht berücksichtigt**. Bezieht man den Gegenwartswert dieser Ansprüche mit ein, verringert sich der Gini-Koeffizient nach einer Untersuchung des DIW auf Basis von SOEP-Daten für 2012/2013 von 77 auf 51.⁸

- **Die hohen Vermögensunterschiede lassen sich zum großen Teil durch Altersunterschiede erklären**. Ein einfaches Beispiel verdeutlicht dies: Ein Jurastudent hat ein Einkommen von 10.000 EUR im Jahr und ein Vermögen von 10.000 EUR. Ein sechzigjähriger Rechtsanwalt, der sowohl beim Einkommen als auch beim Vermögen zu den obersten 10 % gehört, verdient 60.000 EUR netto im Jahr und hat zur Altersvorsorge ein Vermögen von 600.000 EUR gespart. Damit liegt sein Einkommen um das sechsfache über dem des Studenten, das Vermögen aber um das sechzigfache. Rechnet man den Alterseffekt aus der Vermögensverteilung heraus, verringert sich der Gini-Koeffizient nach einer Untersuchung des IW Köln auf Basis von Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP) des DIW für 2012 von 78 auf 49.⁹

- Ab einem Nettovermögen von 555.400 EUR zählte ein Haushalt 2017 zu den vermögendsten 10 %. Nach Erhebungen des IAB verdienen Hochschulabsolventen im Schnitt um die 2,4 Mio. EUR Brutto in ihrem Leben. Absolventen einer beruflichen Fortbildung wie Meister oder Techniker gut 2 Mio. EUR. Absolventen einer Berufsausbildung 1,5 Mio. EUR. und Beschäftigte ohne Berufsausbildung 1 Mio. EUR.¹⁰ **Es ist also möglich, mit einer gut bezahlten Arbeit oder der Gründung eines lukrativen Gewerbes, hinreichend sparsamer Lebensführung und guter Geldanlage in die Liga der Top-Vermögenden aufzusteigen.**
- Zum Vermögen von 44 % der privaten Haushalte gehört selbst genutztes Wohneigentum. **Der Marktwert des Wohneigentums sagt jedoch nichts über die Wohnqualität aus.** Eine 50 qm Eigentumswohnung in Berlin Mitte hat einen Marktwert von etwa 500.000 EUR, eine 200 qm Stadtvilla mit Garten im sächsischen Bautzen ist etwa 250.000 EUR wert. Wer ist wohlhabender, der Berliner in seiner 50 qm Wohnung ohne Balkon oder der Bautzener in seiner Villa mit Hobbykeller und Grillfest im Garten?

Fazit und Schlussfolgerungen zur sozialen Lage

Die Befunde zeigen, dass die soziale Lage in Deutschland im internationalen Vergleich in positiver Weise herausragt. Gleichzeitig zählt Deutschland zu den wirtschaftlich erfolgreichsten Staaten der Welt. Daraus lässt sich schließen, **dass die Wirtschafts- und Sozialpolitik von Bund und Ländern seit Einführung der Sozialen Marktwirtschaft den produktiven Leistungswettbewerb und den sozialen Ausgleich in vieler Hinsicht vorbildlich miteinander in Einklang gebracht hat.**

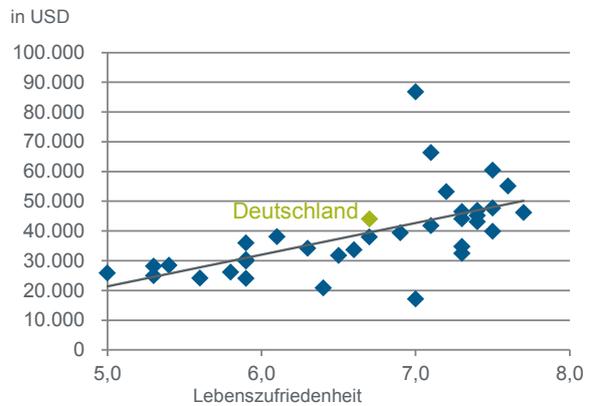
Gleichwohl gibt es ein permanentes Potenzial für Verbesserungen. Ein sozialer Missstand ist immer noch **die Arbeitslosigkeit**. Auch bei der Verbesserung der **Chancengleichheit im Bildungssystem** gibt es noch Handlungsbedarf. Zudem werden Niedrigverdiener in Ballungsregionen durch hohe Mietanstiege stark belastet oder überfordert. Bund und Länder haben weit gehende Maßnahmen dagegen ergriffen, es wird sich zeigen, ob sie zusammen mit dem stark erhöhten Wohnungsbau und einer verringerten Zuwanderung die Lage bald entspannen können.

Vor allem mehr Wohlstand für Geringverdiener könnte für noch mehr Zufriedenheit sorgen

Aus sozialpolitischer Sicht liegt es nahe, den Anteil der Unzufriedenen zu verringern. Neben Verbesserungen von Gesundheitsversorgung und -vorsorge könnte vor allem ein Anheben der Einkommen in den unteren Einkommensklassen dazu beitragen. Ein Vergleich zwischen OECD-Ländern zeigt **einen positiven statistischen Zusammenhang zwischen dem Pro-Kopf-BIP eines Landes und der Zufriedenheit in der Bevölkerung** (Grafik 10).¹¹

Grafik 10: Je reicher das Land, umso glücklicher die Menschen

Zusammenhang zwischen Pro-Kopf-BIP (USD, KKP) und Lebenszufriedenheit für die OECD-Länder (Skala 1–10), 2017 oder letztes verfügbares Jahr



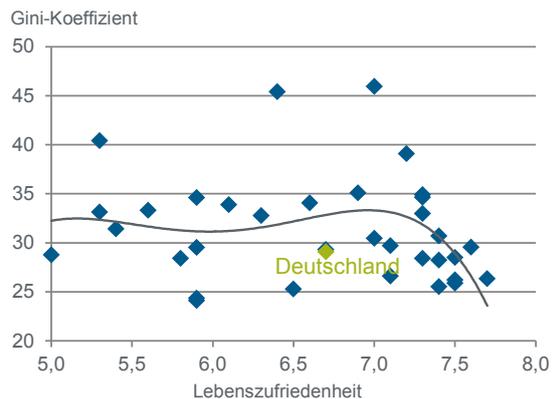
Quelle: OECD.

Für den Zusammenhang zwischen Zufriedenheit und Einkommensgleichheit ist das Bild weniger eindeutig.

In vielen OECD-Ländern sind die Einkommen mit einem Gini-Koeffizienten zwischen 30 und 35 ähnlich gleich verteilt, **wegen die Lebenszufriedenheit mit Werten zwischen 5 und 7,5 erheblich auseinander geht** (Grafik 11). Allerdings lässt sich für die Spitzengruppe der Hochzufriedenen statistisch feststellen, dass eine zunehmende Gleichverteilung der Einkommen tendenziell zu noch höherer Zufriedenheit zu führen scheint.¹²

Grafik 11: Spitzenwerte bei der Lebenszufriedenheit erreichen fast nur Länder mit hoher Einkommensgleichheit

Zusammenhang zwischen Gini-Koeffizienten und Lebenszufriedenheit (Skala 1–10) für die OECD-Länder, 2017 oder letztes verfügbares Jahr.



Quelle: OECD.

Der Befund legt nahe, dass es den meisten Menschen wichtiger ist, dass ihr Wohlstand steigt, als dass die Einkommen gleicher verteilt werden.¹³ Das wiederum spricht für eine Wirtschaftspolitik, die **vorrangig das Wachstum stärkt und darauf einwirkt, dass auch die unteren Einkommensgruppen an den Wohlstandszuwächsen teilhaben**. Mit ein wenig mehr Einkommensgleichheit könnte die hohe Zufriedenheit im Land womöglich zusätzlich noch gesteigert werden.

Qualifizierung und Bildung sind der Schlüssel zu hohem Einkommen

Die Chancen von Arbeitslosen und Geringverdienern auf höher bezahlte Arbeit können in erster Linie durch Weiterbildung und Qualifizierung verbessert werden. Auf längere Sicht kann vor allem mehr Chancengleichheit in der Bildung durch einen verbesserten Zugang zu Kleinkindförderung und höherer Bildung für Kinder und Jugendliche aus eher bildungsfernen Elternhäusern für gleichere Einkommenschancen sorgen. Dazu würde auch beitragen, Kinder von Haushalten mit niedrigen und mittleren Einkommen stärker von den Kosten für höhere Bildung zu entlasten. Der vermehrte Aufbau von Humankapital würde zugleich das Wachstumspotenzial Deutschlands stärken.

Bessere Aufklärung über die gesamtwirtschaftlichen Verhältnisse dürfte die Zufriedenheit ebenfalls erhöhen

Ist der Wohlstand in einem Land so hoch und gleich verteilt wie in Deutschland, sollte es zudem der Zufriedenheit und der wirtschaftlichen und politischen Stabilität dienen, die Bevölkerung darüber aufzuklären. Dies gilt insbesondere, wenn rechts- oder linkspopulistische Gruppierungen Zulauf haben, die Unzufriedenheit schüren. Wie die aktuelle Debatte zeigt, erscheint es angebracht, ausgewogene Informationen zur wirtschaftspolitischen Aufklärung so zu gestalten, dass damit auch die junge Generation und bildungsferne Schichten über Kommunikationsnetzwerke im Internet erreicht werden. In diesem Zusammenhang dürfte es auch sinnvoll sein, die **Verteilungsdebatte zu hinterfragen**. Denn sie weckt bisweilen den **irreführenden Eindruck, Deutschland sei ein Land mit besonders gravierender Armut (Kasten 2)**.

Kasten 2: Zur Armutsdebatte: Ist die Armutsgefährdungsquote ein aussagekräftiges Konzept?

Seit über 10 Jahren prägt der Begriff der Armutsgefährdung die Diskussion um sozialpolitischen Handlungsbedarf. Laut Eurostat sind derzeit in Deutschland 16 % der Einwohner in Privathaushalten, also rund 13 Millionen Menschen, von Armut bedroht. Prozentual sind das fast ebenso viele wie im weit weniger wohlhabenden Polen. Die Schwelle wird entsprechend der EU-Definition bei 60 % des bedarfsgewichteten medianen Pro-Kopf-Einkommens in den privaten Haushalten eines Landes angesetzt.

Die öffentliche Debatte deutet darauf hin, dass die hohe Armutsgefährdungsquote bei vielen zu dem Eindruck beigetragen hat, in Deutschland sei ein gravierendes Armutproblem entstanden. Dazu trägt bei, dass das emotional besetzte Konzept auch in wissenschaftlichen Publikationen als Indikator für soziale Missstände verwendet wird. Deshalb wird hier angeregt zu hinterfragen, ob die Armutsgefährdungsquote ein objektives und aussagekräftiges Messinstrument für soziale Missstände ist. Es lassen sich einige Argumente dagegen anführen:

- Untersuchungen zeigen, dass vorwiegend junge Menschen, Haushalte mit Kindern und vor allem Arbeitslose unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle liegen. Es liegt

nahe, sich zu fragen, **ob ein Student mit gut verdienenden Eltern sozialpolitisch nicht grundlegend anders zu bewerten ist, als ein gering qualifizierter, gesundheitlich beeinträchtigter Langzeitarbeitsloser**.

- In Deutschland gibt es 2,9 Mio. Studierende, eine Million mehr als 2002. Sie stellen somit einen großen und wachsenden Teil der statistischen Armutsgefährdeten. **Studierende haben jedoch in der Regel hervorragende Verdienstmöglichkeiten. Dies wirft die Frage auf, ob es angemessen ist, sie als armutsgefährdet einzustufen**, zumal dies vom Begriff her nahe legt, ein Studium sei ein sozialer Missstand.

- Die Armutsgefährdungsquote zeigt überdies nicht an, dass der Staat Studierende unterstützt, unter anderem mit kostenlosen Studienplätzen, verbilligten Wohnungen und verbilligtem Essen. **Allgemein tauchen nichtmonetäre Transfers, wie z. B. eine kostenlose oder verbilligte Krankenversicherung, in den Einkommensstatistiken nicht auf**, obwohl sie eine erhebliche Größenordnung haben.

- Viele Armutsgefährdete sind Asylanten und Arbeitsmigranten aus ärmeren EU-Ländern. Die Zahl der **Arbeitsmigranten ist mit der Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU stark gewachsen**. Ist es angemessen, einen Arbeiter aus Osteuropa bei uns als armutsgefährdet einzustufen, wenn er zugleich in seinem Heimatland vom Einkommen her Gut- oder Topverdiener ist? Letztlich kommen Arbeitsmigranten nach Deutschland, weil sie hier bessere Verdienstmöglichkeiten haben.

- **Die Schwelle von 60 % des Medianeinkommens ist auf Basis von Werturteilen subjektiv gewählt, also keine statistische Größe von wissenschaftlicher Objektivität.**

- In jeder Volkswirtschaft gibt es viele Haushalte, die über weniger als 60 % des Medianeinkommens verfügen. Kennzeichnet man dies begrifflich als sozialen Missstand, dann kennzeichnet man damit die Einkommensunterschiede per se als sozialen Missstand. Dies ist etwa so, als erklärte man den Gini-Koeffizienten zum Maß für soziale Gerechtigkeit und legte einen Wert, den alle Länder weit überschreiten, als „Ungerechtigkeitschwelle“ fest. **Die Forderung, Ungleichheit zu beseitigen, impliziert jedoch nichts anderes, als die Funktionsfähigkeit unserer Wirtschaft außer Kraft zu setzen. Damit wäre niemandem geholfen. Woran es letztlich mangelt, ist eine wissenschaftliche Diskussion, wie viel Gleichheit man in der Sozialen Marktwirtschaft überhaupt erreichen kann, ohne Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit aufs Spiel zu setzen**. Aus den dafür notwendigen Analysen könnte man dann möglicherweise eine Untergrenze oder Bandbreite von Einkommensgleichheit ableiten, die ohne Fehlentwicklungen realisierbar wäre. Solange Volkswirte dies nicht leisten, können sie keinen objektiven, wissenschaftlichen Bewertungsmaßstab für Einkommensunterschiede bieten.

Fazit: Wie reformbedürftig ist die deutsche Wirtschaft?

Die Analyse hat gezeigt: Deutschland gehört nach wie vor zu den leistungsstärksten Volkswirtschaften der Welt. Es gibt kaum Staaten mit ähnlich hohem Wohlstand, in denen die Einkommen gleicher verteilt sind. Reformbedarf ergibt sich deshalb vor dem Hintergrund der erkennbaren Präferenz für Wohlstand weniger aus dem Status quo unserer Volkswirtschaft, als vielmehr aus den richtigen Weichenstellungen für die Zukunft. Aufgrund der großen Anpassungsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft gibt es guten Grund zur Zuversicht, dass wir die anstehenden Herausforderungen erfolgreich bewältigen können. **Voraussetzung ist, dass Wirtschafts- und Sozialpolitik sich auf die Erfolgsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft besinnen.** Auch der soziale Ausgleich zwischen Gewinnern und Verlierern des unvermeidbaren und erwünschten Strukturwandels lässt sich dann weiter gewährleisten. Dieser erscheint nicht nur aus sozialen Gründen angebracht, sondern auch, um Widerstände gegen notwenige Reformen zu verringern. Derzeit gibt es zumindest **vier große Zukunftsbaustellen, auf denen der Handlungsbedarf drängt.**

Zukunftsbaustelle 1: Sicherung des Arbeitskräftepotenzials gegen die demografische Entwicklung

Alterung und Schrumpfung unserer Bevölkerung dürfte wohl die größte Bewährungsprobe in den nächsten Jahrzehnten werden. Tritt das aktuelle Bevölkerungsszenario des Statistischen Bundesamtes ein, dürfte das Erwerbspersonenpotenzial ohne Gegenmaßnahmen bis 2040 um etwa 4 Mio. Erwerbspersonen schrumpfen. Die zu befürchtenden Folgen wären ein Verlust an Wettbewerbsfähigkeit, zunehmende Lücken im Angebot an Gütern und Dienstleistungen, sinkender Wohlstand und zunehmende Verteilungskonflikte. Es gibt diverse Möglichkeiten, dem zu begegnen, darunter:

- Aufwertung des Humankapitals durch betriebliche **Qualifizierung und Weiterqualifizierung**, frühzeitige und bessere Vorbereitung auf das Berufsleben an allgemeinbildenden Schulen, bessere **Bildung** für Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern, Gewinnung von mehr Nachwuchs für MINT-Berufe.
- Weitere Erhöhung der Erwerbsquote von Frauen und älteren Erwerbstätigen. Experten wie der Sachverständigenrat und der wissenschaftliche Beirat des BMWi haben vorgeschlagen, **das gesetzliche Rentenalter an die Entwicklung zentraler Kennzahlen wie Lebenserwartung, Erwerbspersonenpotenzial und Arbeitsproduktivität zu koppeln.** Dies könnte viel Handlungsdruck aus der Entwicklung nehmen.
- Höhere **Zuwanderung** von Fachkräften aus Drittländern. Dazu müssen ausländische Berufsabschlüsse anerkannt und sprachliche Barrieren reduziert werden.

Zukunftsbaustelle 2: Stärkung des Zusammenhalts der EU und Bemühen um Kooperation im Welthandel

Eine solidarische und wirtschaftlich starke Europäische Union ist der Garant für Frieden und Wohlstand in Europa. Zu den drängenden Herausforderungen der EU zählen:

- Stärkung von Investitionen und Innovationen,
- Konsolidierung der Staatsfinanzen und des Bankensektors,
- Reduktion der hohen Arbeitslosigkeit in Südeuropa,
- Normalisierung der Geldpolitik
- Stärkung der Solidarität und des Zusammenhalts gegen Nationalpopulisten.

Ebenso erforderlich ist ein geschlossener Einsatz für einvernehmlich regulierten Handel mit den USA, China und anderen Staaten der Welt. Freihandel ist grundsätzlich anzustreben wegen seiner Wohlfahrtseffekte. Doch müssen Deutschland und die EU in Konflikten ihre legitimen Interessen wahren und auch **Strategien finden, um Großkonzernen aus Drittstaaten wirksam zu begegnen**, die auf wichtigen Märkten monopolartige Stellungen einnehmen.

Zukunftsbaustelle 3: Die Digitalisierung erfolgreich voranbringen

Deutschland muss bei der Digitalisierung seine **Wettbewerbsfähigkeit sichern**, da sie alle Wirtschaftsbereiche durchdringt. Zudem birgt Digitalisierung die Chance, über **beschleunigten technischen Fortschritt einen Beitrag dazu zu leisten, die Folgen des demografischen Wandels zu meistern.** Die wirtschaftliche Entwicklung hat seit den neunziger Jahren in Deutschland wie in anderen Industrieländern deutlich an Dynamik verloren. Das zeigt sich in einem verlangsamten Strukturwandel und einem Rückgang des Wachstums von Arbeitsproduktivität und Pro-Kopf-BIP.¹⁴ Könnte eine neue digitale Revolution das Wachstum der Arbeitsproduktivität wieder steigern, würde dies helfen, den Fachkräftemangel einzudämmen.

Auch bei der Digitalisierung kommt dem **Aufbau von Humankapital eine Schlüsselrolle** zu. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen brauchen hierbei Unterstützung. Ebenfalls wichtig sind **förderliche Rahmenbedingungen** für innovative Start-ups sowie für die Entwicklung und Markteinführung innovativer Produkte und Dienstleistungen. Auch ländliche Regionen müssen mit **wettbewerbsfähiger digitaler Infrastruktur** ausgestattet werden, damit sie nicht den Anschluss verlieren. Eine weitere Herausforderung besteht darin, internationale **Großkonzerne der Digitalwirtschaft zu zügeln**, die mit ihrer Marktmacht den Wettbewerb auch auf verbundenen Märkten verzerren und unterdrücken. Gelingt es nicht, auf diesen Märkten für Wettbewerb zu sorgen, müssen sie wirksam reguliert werden, dazu zählt in jedem Fall eine angemessene Besteuerung.

Zukunftsbaustelle 4: Energiewende und ökologisch nachhaltiges Wachstum

Klimaschutz zählt zu den Herausforderungen, mit denen sich alle Staaten der Welt schwertun. Man kann bezweifeln, dass der Hauptgrund dafür in weltweitem Politikversagen liegt, denn zumindest in Demokratien hat die Mehrheit der Wähler maßgeblichen Einfluss auf die Politik. Zudem können die Bürger weit gehend frei entscheiden, wie klima- und umweltfreundlich sie ihren Konsum und ihr Leben gestalten. Die Aufgabe ist gewaltig, weil die Energieerzeugung der Menschheit noch in hohem Maß von fossilen Energieträgern abhängt. Außerdem verursacht die Massentierhaltung in der Landwirtschaft beträchtliche Methangasemissionen. Das Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum auf der Welt hat in den letzten Jahrzehnten dazu geführt, dass die Emissionen weiter gestiegen sind. **Um den Treibhausgasausstoß wirksam zu senken, sind weltweit weit reichende Änderungen im Konsumverhalten, in der Produktion und in der Energieerzeugung nötig.** Das erfordert staatliches Eingreifen über Aufklärung, Anreize und Auflagen, die dafür sorgen, dass genügend Menschen mitwirken. Eine Bepreisung und auch eine Deckelung des Treibhausgasausstoßes kann einen wirksamen, volkswirtschaftlich kosteneffizienten Beitrag dazu leisten.

Deutschland konnte seinen Treibhausgasausstoß seit 1990 um fast 30 % senken, ein beachtlicher Erfolg. Seit 2009 ist die Reduktion jedoch ins Stocken geraten. Es bedarf weiterer Impulse, damit die ehrgeizigen Minderungsziele gegenüber 1990 – -55 % bis 2030 und -80 bis 95 % bis 2050 – erreicht werden können. Doch das allein wird nicht reichen. **Für wirksamen Klimaschutz muss die Wende global gelingen, und dafür müssen wettbewerbsfähige CO₂-Vermeidungstechnologien an den Weltmärkten eingeführt werden, die treibhausgasintensive Technologien verdrängen.** Auch Atomkraftwerke werden in unseren Nachbarländern nur dann abgeschaltet, wenn wettbewerbsfähige Alternativen sich durchsetzen. Deutschland und andere Staaten der Klimaallianz können diese Technologien voranbrin-

gen. Daraus ergeben sich auch große wirtschaftliche Chancen, denn der Bedarf ist immens und er wächst. Innovationen und ihre Markteinführung brauchen allerdings Zeit. Die Bemühungen um alternative Antriebe im Straßenverkehr zeigen, dass technischer Fortschritt und dessen massenhafte Verbreitung sich nicht von heute auf morgen durchsetzen lassen. Umso entschlossener müssen sie jetzt angegangen werden, damit die drängenden Klimaziele erreicht werden.

Viele um die Zukunft besorgte Menschen glauben, alternative, naturverbundene Lebensweisen und **eine Abkehr vom Wirtschaftswachstum könnten die Lösung bringen.** Doch dürfte diese Option volkswirtschaftlich kaum realisiert werden und ein Wachstumsverzicht würde auch nicht reichen. Bei heutigen Technologien müssten die Volkswirtschaften der Industrieländer stark schrumpfen, um die hochgesteckten Ziele zu erreichen. Man kann wohl davon ausgehen, dass dies auf erhebliche Widerstände in der Bevölkerung stoßen würde, zumal gravierende soziale Fehlentwicklungen zu erwarten wären. Zudem leben die meisten der 7,5 Mrd. Menschen in Schwellen- und Entwicklungsländern, und viele haben mit Hunger, Wassermangel, Krankheiten und Seuchen zu kämpfen. Man kann nicht erwarten, dass diese Länder darauf verzichten, ihre wirtschaftliche Lage weiter zu verbessern – und das wird nicht ohne Wachstum gehen.

Deshalb kann auch wirksamer Klimaschutz nur mithilfe der Zutaten gelingen, die den Sozialen Marktwirtschaften zu Wohlstand verholfen haben: Aufbau von neuem Wissen, Investitionen und technischer Fortschritt. Grundsätzlich dürfte eine effiziente und effektive Möglichkeit, das Wachstum klima- und umweltgerecht zu gestalten, darin bestehen, die Abgabensysteme weltweit so zu reformieren, dass die Kosten von Schadstoffen und Umwelterstörungen so gut wie möglich in die Preise von Gütern und Dienstleistungen weiter gegeben werden. Um die wohlfahrtsmindernden Effekte von Umweltbelastungen systematisch zu erfassen und zu bewerten, könnten die umweltökonomischen Gesamtrechnungen von Bund und Ländern weiter ausgebaut werden.¹⁵ ■

Folgen Sie KfW Research auf
Twitter.

Oder abonnieren Sie unseren kostenlosen E-Mail-Newsletter, und Sie verpassen keine Publikation.

Zur Anmeldung

¹ Vgl. Borger, K. und M. Müller (2014): **In der Normalität angekommen – Deutschland 25 Jahre nach dem Mauerfall**, Fokus Volkswirtschaft Nr. 73, KfW Research.

² Nordic Council of Ministers (2018): *In the Shadow of Happiness*, Analysis No. 01/2018, <http://norden.diva-portal.org/smash/get/diva2:1236906/FULLTEXT02.pdf>.

³ Welche Qualität das starke Wachstum Chinas hat, ist schwer zu beurteilen. Die Suchmaschine Baidu zum Beispiel ist mit seiner staatlichen Kontrolle und Zensur außerhalb Chinas dem Weltmarktführer Google im Wettbewerb bisher weit unterlegen. Man kann vermuten, dass China auch deshalb den Zugang internationaler Wettbewerber auf vielen Märkten behindert, weil es an Vertrauen in die internationale Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Produkte auf diesen Märkten mangelt.

⁴ Vgl. Oschmiansky, F. (2010): *Folgen der Arbeitslosigkeit*, Bundeszentrale für politische Bildung <https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/arbeitsmarktpolitik/54992/folgen-der-arbeitslosigkeit?p=all> sowie Nordic Council of Ministers (2018): *In the Shadow of Happiness*, Analysis No. 01/2018, S. 24 ff.

⁵ Vgl. Grabka, M. und J. Goebel (2017): Realeinkommen sind von 1991 bis 2014 im Durchschnitt gestiegen – erste Anzeichen für wieder zunehmende Einkommensungleichheit, DIW Wochenbericht 4/2017. Aus den Daten des DIW ergibt sich langfristig ein ähnlicher Verlauf des Gini-Koeffizienten wie aus den Daten von Eurostat. Kurzfristig gibt es Abweichungen, weil die Methodik sich unterscheidet und die Stichprobendaten mit statistischen Unsicherheiten behaftet sind. Kleine Änderungen und kurzfristige Schwankungen sind deshalb mit Vorsicht zu interpretieren. https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.550890.de/17-4.pdf.

⁶ Vgl. z. B. Grabka, M. und J. Goebel (2017): Realeinkommen sind von 1991 bis 2014 im Durchschnitt gestiegen – erste Anzeichen für wieder zunehmende Einkommensungleichheit, DIW Wochenbericht 4/2017.

⁷ Vgl. Deutsche Bundesbank (2019): Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Vermögensbefragung 2017 Monatsbericht April 2019, <https://www.bundesbank.de/resource/blob/794130/d523cb34074622e1b4cfa729f12a1276/mL/2019-04-vermoegensbefragung-data.pdf>.

⁸ Vgl. Bönke, T. et al (2017): A Head-to-Head Comparison of Augmented Wealth in Germany and the United States, SOEP-Papers 899/2017, https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.554238.de/diw_sp0899.pdf sowie Peichl, A.; Stöckli, M. (2018): Ungleichheit und Umverteilung in Deutschland: Trends und Handlungsoptionen, ifo Schnelldienst 15 / 2018, S. 18–22.

⁹ Vgl. Niehues, J. (2015): Vermögensverteilung und Altersgruppeneffekte, Kurzstudie, Institut der deutschen Wirtschaft Köln, https://www.iwkoeln.de/fileadmin/publikationen/2015/251784/Vermoegensverteilung_Gutachten_IW_Koeln.pdf.

¹⁰ Stüber, H. (2016): Qualifikation zahlt sich aus. IAB-Kurzbericht 17/2016, <file:///H:/Fokus%20SM/kb17176.pdf>.

¹¹ Auffällige Ausnahmen sind Luxemburg und Mexiko. Das Beispiel Luxemburg zeigt, dass ein herausragendes Einkommensniveau nicht unbedingt zu einer herausragenden Lebenszufriedenheit führt. Mexiko macht hingegen deutlich, dass die Menschen auch in einem Land mit einem relativ niedrigen Pro-Kopf-Einkommen hochzufrieden sein können, und das bei großen Einkommensunterschieden.

¹² Zur Spitzengruppe zählen die nordischen Staaten Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden sowie Belgien und die Niederlande. In diesen Ländern sind die Einkommen etwas gleicher verteilt als in Deutschland.

¹³ Der geringe Einfluss der Einkommensverteilung auf die Zufriedenheit hängt auch damit zusammen, dass die Einkommensverteilung etwas Abstraktes ist, das die meisten nicht kennen. Erhebungen haben ergeben, dass die Menschen in Deutschland die Einkommensunterschiede überschätzen. Vgl: Schneider, J.-F. (2015): Was bestimmt Umverteilung? Wahrnehmung und Bewertung von Ungleichheit, Fokus Volkswirtschaft Nr. 110, KfW Research.

¹⁴ Vgl. Müller, M. (2019): **Digitalisierung: Viel Lärm um nichts oder kommt da noch was?** Fokus Volkswirtschaft Nr. 250, KfW Research.

¹⁵ Oft wird es schwierig oder unmöglich sein, die Kosten von Umwelt- und Gesundheitsbelastungen adäquat zu beziffern. Eine Alternative könnte darin bestehen, alle bedeutenden Umweltbelastungen nach ihrem Handlungsbedarf zu priorisieren und für ausgewählte Belastungen Preise festzulegen, die eine gewünschte Lenkungswirkung entfalten können. Um die Steuerlast nicht zu erhöhen, könnte die Einführung von Umweltsteuern durch Entlastungen an anderer Stelle kompensiert werden.